

**BESCHLUSSPROTOKOLL
der 13. Sitzung des Landesjugendhilfeausschusses
des Freistaats Thüringen am 5. Dezember 2022**

01 Begrüßung durch den Vorsitzenden

Der Vorsitzende begrüßt zur Präsenzsitzung.

01.1 Feststellung der form- und fristgerechten Einladung

Die form- und fristgerechte Einladung wurde durch den Vorsitzenden festgestellt.

01.2 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Beschlussfähigkeit wurde durch den Vorsitzenden festgestellt.

02 Bestätigung der Tagesordnung

Der TOP 14.7 „Einrichtung einer AG zur Erarbeitung von Fachlichen Empfehlungen zur Umsetzung der rechtlich verankerten Ansprüche/ des Übergangsmanagements für junge Volljährige in der stationären Jugendhilfe“ wurde neu auf die Tagesordnung aufgenommen.

anwesend	ja	nein	Enthaltung
18	18	0	0

Die aktualisierte Tagesordnung wurde nach Abstimmung einstimmig angenommen.

Die TOPs werden in abweichender Reihenfolge behandelt.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass Anfragen an die Verwaltung am Freitag vor der Landesjugendhilfeausschusssitzung zeitlich nicht mehr beantwortet werden können.

Herr Johannson bittet um Fristwahrung beim Versand der anstehenden Vorlage der „Fachlichen Empfehlung Fachkräfte“.

03 Genehmigung der Protokolle der 11. Sitzung vom 12. September 2022 und der 12. Sitzung vom 10 Oktober 2022

Die Protokolle wurden genehmigt.

04 Information des Vorsitzenden des LJHA

Die „beamtenbund jugend Thüringen (dbb-Jugend)“ hat ihren Antrag auf Anerkennung als freier Träger der Jugendhilfe ruhend gestellt.

Mit Hinweis auf den TOP 15.3 Aktuelle Problemlagen in der Kinder- und Jugendhilfe aufgrund der massiven Preissteigerungen der Landesjugendhilfeausschusssitzung vom 12. September 2022 informiert der Vorsitzende, dass der Thüringer Landtag bereits das Thema Energie-Krise aufgegriffen hat und tätig geworden ist.

Gemäß der Beschlussfassung des Landesjugendhilfeausschusses soll am 9. Januar 2023 das Gespräch mit den jugendpolitischen Sprechern und Sprecherinnen stattfinden.

05 Kurzberichte aus der Gremienarbeit

05.1 Landesfamilienrat – schriftlicher Kurzbericht lag vor

05.2 Stiftung HandinHand – schriftlicher Kurzbericht lag vor

05.3 Stiftung EJBW – mündlicher Bericht wurde erstattet

05.4 Landesschulbeirat – schriftlicher Bericht lag vor

06 Berichte aus den Arbeitsgruppen

06.1 Strategiegruppe – hat nicht getagt

Herr Johansson erfragt den Ausfall der Sitzung der Strategiegruppe. Dies erfolgte auf Grund fehlender Themenanmeldung.

06.2 Arbeitsstand in den Arbeitsgruppen

Die schriftlich vorgelegten Informationen wurden zur Kenntnis genommen.

Herr Höttermann informiert darüber, dass der Evaluationsbericht zu den Thüringer Kinder- und Jugendschutzdiensten dem Begleitbeirat vorliegt.

Herr Röhler informiert, dass die nächsten Sitzungen der AG-Digitalisierung am 15. Dezember 2022 und am 13. Januar 2023 stattfinden. Die AG-Mitglieder werden aufgefordert, die Vielzahl der vorliegenden Maßnahmevorschläge für die Sitzungen nochmals zu priorisieren. Für die LJHA-Sitzung am 6. Februar 2023 soll ein Arbeitspapier vorgelegt werden.

06.3 Beschlusskontrolle

Die schriftlich vorgelegten Informationen wurden zur Kenntnis genommen.

07.1 Aktuelle Informationen

07.1.1 Information der obersten Landesjugendbehörde zu aktuellen Entwicklungen im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe

BE: Frau Reinhardt

ThürKigaG

Die kleine Novelle liegt dem Thüringer Landtag zur Beratung vor (LT-Drs. 7/6574 und 7/6783). In absehbarer Zeit geht der Gesetzestext auch dem LJHA zur Stellungnahme zu. Mit der Gesetzesnovelle soll u. a. die Finanzierung der Praxisintegrierte Erzieherausbildung durch die Abrechenbarkeit in den Betriebskosten verstetigt werden.

KiQuTG (Gute-Kita-Gesetz)

Die Gesetzesnovellierung wird zwischenzeitlich im Bundestag beraten und soll ab Januar 2023 für zwei Jahre gelten.

Der Bund hat sich entschlossen, das Programm „Sprach – Kita“ bis zum 30. Juni 2023 weiter zu finanzieren. Dafür wird der Bund jedoch die aufgewandten Mittel von den Budgets der Länder abziehen.

Der Freistaat Thüringen hat vor, das Programm in Folge aus Landesmittel abzusichern. Entsprechende Tendenzen sind in den Haushaltsberatungen 2023 vorhanden.

Thür KJHAG

Die aktuelle Änderung des ThürKJHAG bezogen auf die Anpassung der gesetzlichen Förderung der Örtlichen Jugendförderung, der Schulsozialarbeit, des Landesjugendförderplanes und des Landesprogramms Solidarisches Zusammenleben wird im Landtag beraten (LT-Drs. 7/6576). In absehbarer Zeit geht der Gesetzestext auch dem LJHA zur Stellungnahme zu. Es wird gebeten die Stellungnahmen der kommunalen Spitzenverbände auch dem Landesjugendhilfeausschuss zur Kenntnis zu geben.

Zukunftspaket für Bewegung, Kultur und Gesundheit

Das BMFSFJ hat ein Zukunftspaket für Bewegung, Kultur und Gesundheit mit einem Finanzrahmen von 55 Mio. Euro aufgelegt. Die Länder sind in die Umsetzung des Programms nicht involviert. Die Anträge der regionalen Ebene oder von Kindern und Jugendlichen selbst werden direkt beim Bund eingereicht.

Weitere Informationen liegen dem Protokoll bei.

- Anlage 1 -

Herr Johansson fragt nach dem Stand der Umsetzung des § 10b SGB VIII Verfahrenslotsen. Frau Reinhardt informiert, dass das Thema Tagesordnungspunkt der nächsten Jugendamtsleitertagung sein wird. Es geht darum, einen Grundbedarf an Information, Unterstützung und fachlicher Begleitung der Jugendämter zum Thema Inklusion zu eruieren.

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter hat aktuell eine Empfehlung zu den Verfahrenslotsen herausgegeben.

Im III. Quartal 2023 soll das Thema auf die Tagesordnung des Landesjugendhilfeausschusses genommen werden.

07.1.2 Information der Verwaltung Landesjugendamt (obere Landesjugendbehörde)

Es wurden keine Informationen gegeben.

07.1.3 Informationen zu aktuellen Entwicklungen aus dem Bereich Jugendhilfe und Schule

Die Anfrage des AKF zum Unterrichtsausfall vom 2. Dezember 2022 wird mit beigefügter Anlage zum Protokoll beantwortet.

- Anlagen 2 bis 2e -

07.1.4 Anfragen an das Landesjugendamt/TMBJS

Es lagen keine weiteren Anfragen vor.

08 Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie

08.1 Aktuelle Informationen

Der TOP wurde in der Sitzung nicht behandelt. Nachfolgende Informationen werden mit dem Protokoll zur Verfügung gestellt:

Familien-App:

Zur Umsetzung der Familien-App im Jahr 2022 hat das TMASGFF zunächst eine Konzeption zur Entwicklung und Implementierung der Familien-App entwickeln lassen. Diese Konzeption wurde von der Firma GEBIT Münster erarbeitet. Die Konzeption war Grundlage für die europaweite Ausschreibung der eigentlichen Entwicklung und Implementierung der Familien-App. Die Ausschreibung wurde formal von der Vergabestelle der GFAW begleitet. Bei dem Ausschreibungsverfahren haben sich ca. 10 Interessenten für die Vergabepattform freischalten lassen. Letztlich hat eine Firma ein Angebot abgegeben. Dieses Angebot konnte nicht berücksichtigt werden, weil der Anbieter die Vorgaben der Leistungsbeschreibung nicht beachtet hat und auch ungeeignet war. So hat der Anbieter in seinem Angebot das geforderte Wartungskonzept und die Ideenskizze zur Öffentlichkeitsarbeit nicht berücksichtigt. Darüber hinaus konnte der Anbieter die Kenntnisse der Strukturen der Thüringer Familienförderung nicht nachweisen. Daher musste das Ausschreibungsverfahren nach § 63 Abs. 1 Vergabeverordnung aufgehoben werden.

Landesprogramm "Solidarisches Zusammenleben der Generationen" (LSZ)

Inzwischen haben alle am LSZ beteiligten Landkreise und kreisfreien Städte Förderanträge gestellt. Die Antragssumme beträgt ca. 14,0 Mio. EUR und ist damit vom Ansatz im HH-Plan-Entwurf 2023 bei Titel 0824 633 77 gedeckt, der einen Betrag von 14.420.000 EUR vorsieht.

08.2 Anfragen an das TMASGFF

Es lagen keine Anfragen vor.

09 Drei Jahre Begleitung von Careleaver*innen in Thüringen- eine Zwischenbilanz

BE Frau Krone und Frau Müller

Nachfragen wurden beantwortet.

Weiterführende Links zu Best Practice und Beispielprojekten:

<https://www.fachstelle-leavingcare.de/>

https://www.careleaver-zentrum-thueringen.de/app/download/7395341859/KSJG_§41ff_FR_Thüringen_Af.pdf?t=1643893600

https://www.dijuf.de/fileadmin/Redaktion/Startseite/Aktuelles/Uebersicht_Umsetzungsaufgaben_KJSG.pdf

<https://www.dijuf.de/handlungsfelder/kjsg/kjsg-faq>

Die Präsentation wird dem Protokoll beigelegt.

- Anlage 3 -

10 Umgang mit Besonderen Vorkommnissen im Bereich schwerer Kindeswohlgefährdung/sexuelle Gewalt gegenüber Kindern in Kindertageseinrichtungen mit möglicher Einbindung der Strafverfolgungsbehörden
--

BE: Frau Zeidler

Nachfragen wurden beantwortet.

Die Thematik der Meldung über Personalmangel als besonders Vorkommnis (Corona Sonderregelung) und die Meldung des Personalschlüssels zur Absicherung des Mindestpersonalschlüssels (reguläres Aufsichtsverfahren) soll noch einmal in der AG Träger besprochen werden.

Die Präsentation wird dem Protokoll beigelegt.

- Anlage 4 -

11 Vorstellung des Jugendlandtags
--

BE: Frau Leonie Grabowski, Herr Knut Becker, Herr Vincent Sipeer

Es werden Nachfragen beantwortet.

Am 22. September 2023 soll der nächste Jugendlandtag stattfinden. Der Vorsitzende wird einen Brief an den Thüringer Landtag richten um zur Wahrnehmung und ernsthaften Befassung mit den Beschlüsse des Jugendlandtages aufzurufen. Außerdem will er anregen, die Durchführung des Jugendlandtages als Regelförderung im Etat des Thüringer Landtags einzuordnen.

Frau Dorniok regt an, dass die Strategiegruppe eine Stellungnahme zu den Beschlüssen des Jugendlandtages abgibt.

Die Präsentation wird dem Protokoll beigelegt.

- Anlage 5 -

Die Beschlüsse des Jugendlandtages werden dem Protokoll beigelegt.

- Anlage 6 -

12 Schuldistanz

BE Herr Börner TMBJS, Frau Fleischer ThILLM

Nachfragen werden beantwortet.

Die Präsentationen werden dem Protokoll beigelegt.

- Anlage 7 -

Auf Nachfrage Frau Klemm:

Die Statistik zu Schülern mit unentschuldigtem Fehltagen ist dem Protokoll zu den Unterlagen der Berichterstatter (Anlage 7) beigelegt.

Ergänzend wird informiert, dass Schulabstinenzen an Schulen in freier Trägerschaft von der Statistikstelle nicht erfasst wird.

Für weitergehende Zahlen zum Unterrichtsausfall wird auf die Informationen zur Beantwortung unter TOP 07.1.3. (Anlagen 2) verwiesen.

13 Landesfamilienförderplan

BE: Herr Fröhlich

TOP wurde in der Sitzung nicht behandelt. Nachfolgende Informationen werden mit dem Protokoll zur Verfügung gestellt:

Am 10. Oktober 2022 wurde die Laufzeit des Landesfamilienförderplans um ein Jahr bis Ende 2023 verlängert. Daraus resultieren zum einen neue bzw. weitere Möglichkeiten der Beteiligung hinsichtlich der Bedarfslagen, sowie zum anderen eine neue Zeitschiene bis zum Beschluss.

Folgende Schritte werden zur Ermittlung der Bedarfslagen verwendet:

Einerseits arbeiten mehrere UAGen des Landesfamilienrats zum Thema. Deren bisherige Ergebnisse und deren weitere Zuarbeiten fließen in die Landesfamilienförderplanung ein.

Die UAGen gehen in ihrer Zusammensetzung über die Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Landesfamilienrats hinaus, sodass entsprechend auch Vertretungen spezieller Zielgruppen beteiligt sind.

Außerdem befindet sich eine Abfrage der bisher geförderten Träger und Einrichtungen in Vorbereitung, die u. a. auch die finanziellen Bedarfe der geförderten Einrichtungen und Projekte in der Laufzeit des Landesfamilienförderplans miteinfassen sollen.

Zur Umsetzung des § 80 Abs. 4 und 5 SGB VIII werden zudem die freien Träger der Jugendhilfe zu Bedarfen spezieller Zielgruppen befragt.

Zur Abstimmung der Planungen sind derzeit Absprachen mit dem TMBJS vorgesehen, die festlegen sollen, wie die Abstimmungen zukünftig fest und strukturell etabliert werden können.

Die (Zwischen-)Ergebnisse hinsichtlich der Bedarfslagen werden in den Landesfamilienrat gespiegelt.

Der Präsentation im Anhang kann die neue Zeitschiene zum Beschluss des Landesfamilienförderplans im Detail entnommen werden.

Es ist vorgesehen, einen Entwurf offenzulegen bzw. in eine Anhörung zu geben (vrsl. von Ende Juni bis Ende Juli 2023). Die auszulegende Fassung soll vom Landesjugendhilfeausschuss in dessen Sitzung am 16. Juni 2023 bestätigt werden. Ein Beschluss des Landesfamilienförderplan 2024 - 2026 ist für die Sitzung am 25. September 2023 vorgesehen.

Der TOP wird zur Sitzung des Landesjugendhilfeausschusses am 6. Februar 2023 wieder aufgerufen.

14 Beschlussfassung

14.1 Namentliche Zusammensetzung der AG „Begleitung der Umsetzung des Landesjugendförderplanes 2023 bis 2027“

Beschluss-Reg-Nr.: 84/22

Der Landesjugendhilfeausschuss beschließt unter Bezug auf Beschluss-Reg. 79/22 die namentliche Zusammensetzung der Arbeitsgruppe zur Begleitung der Umsetzung des Landesjugendförderplans (LJFP) 2023 bis 2027 wie folgt:

- Denny Möller ohne ständige Vertretung als Vertreter der SPD-Fraktion,
- Tino Gaßmann und als ständige Vertretung Astrid Rothe-Beinlich als Vertreter und Vertreterin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
- Kati Engel ohne ständige Vertretung als Vertreterin der Fraktion DIE LINKE,
- Jeanette Schilling und als ständige Vertretung Thomas Eifert als Vertreterin und Vertreter der CDU-Fraktion,
- Peter Weise und als ständige Vertretung Robert Weidler als Vertreter der Thüringer Jugendverbände,
- Björn Johansson und als ständige Vertretung Maik Herwig als Vertreter der anderen anerkannten Träger der freien Jugendhilfe aus den Reihen des LJHA,
- Antje Lampe und als ständige Vertretung Dr. Jürg Kasper als Vertreterin und Vertreter der Landesvereinigung kulturelle Jugendbildung,
- Philipp Schweizer und als ständige Vertretung Ines Gast als Vertreter und Vertreterin der Landesarbeitsgemeinschaft Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, erzieherischer Kinder- und Jugendschutz nach § 78 SGB VIII,
- Angela Lorenz und als ständige Vertretung Dr. Andreas Hallermann als Vertreterin und Vertreter des Thüringer Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport aus dem Bereich Jugendpolitik,
- Hartmut Börner und als ständige Vertretung Dr. Marion Malz als Vertreter und Vertreterin des Thüringer Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport aus dem Bereich Kooperation Schule-Jugendhilfe und
- Nicole Warthemann ohne ständige Vertretung als Vertreterin des Gemeinde-Städtebundes Thüringen.

Abstimmung:

anwesend	ja	nein	Enthaltung
18	18	0	0

Der Beschluss wurde einstimmig gefasst.

14.2 Fachliche Empfehlungen für das BE-Verfahren gem. §§ 45 ff. SGB VIII aufgrund der Änderung des Kinder- und Jugendstärkungsgesetzes

Beschluss-Reg-Nr.: 88/22

Der Landesjugendhilfeausschuss beschließt die als Anlage beigefügten „Fachlichen Empfehlungen für das Betriebserlaubnisverfahren, für die Prüfung vor Ort und nach Aktenlage sowie die Melde- und Dokumentationspflichten gem. §§ 45, 46, 47 SGB VIII aufgrund der Änderung des Kinder- und Jugendstärkungsgesetzes“.

Abstimmung:

anwesend	ja	nein	Enthaltung
18	17	0	1

Der Beschluss wurde einstimmig gefasst.

14.3 Anerkennung als freier Träger der Jugendhilfe – BUNDjugend Landesverband Thüringen e.V.

Beschluss-Reg.-Nr.: 90/22

Der LJHA beschließt die landesweite Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe nach § 75 SGB VIII i. V. m. § 11 Abs. 1 Nr. 2 ThürKJHAG für die Jugend im Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, Landesverband Thüringen e.V.

Abstimmung:

anwesend	ja	nein	Enthaltung
18	18	0	0

Der Beschluss wurde einstimmig gefasst.

14.4 Anerkennung als freier Träger der Jugendhilfe – SBH Nordost GmbH

Beschluss-Reg.-Nr.: 91/22

Nachfragen wurden beantwortet.

Der LJHA beschließt die landesweite Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe nach § 75 SGB VIII i. V. m. § 11 Abs. 1 Nr. 2 ThürKJHAG für SBH Nordost GmbH (ehemals SBH Südost GmbH) befristet für die Dauer von drei Jahren ab Zustellung des Bescheides.

Abstimmung:

anwesend	ja	nein	Enthaltung
18	17	0	1

Der Beschluss wurde einstimmig gefasst.

14.5 Anerkennung als freier Träger der Jugendhilfe – Vielfalt Leben QueerWeg Verein für Thüringen e.V.
Beschluss-Reg-Nr.: 92/22

Der LJHA beschließt die landesweite Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe nach § 75 SGB VIII i. V. m. § 11 Abs. 1 Nr. 2 ThürKJHAG für Vielfalt Leben QueerWeg Verein für Thüringen e. V. befristet für die Dauer von zwei Jahren ab Zustellung des Bescheides.

Abstimmung:

anwesend	ja	nein	Enthaltung
18	17	0	1

Der Beschluss wurde einstimmig gefasst.

14.6 Inhaltliche und personelle Erweiterung der AG Flucht
Beschluss-Reg-Nr.: 93/22

Der Landesjugendhilfeausschuss nimmt den unter Organvorbehalt abgegebenen Beschluss des Vorsitzenden zur AG Flucht (Beschluss-Reg. 73/22) zur Kenntnis.

Kenntnisnahme

anwesend	ja	nein	Enthaltung
18	18	0	0

Der Beschluss wurde einstimmig gefasst.

14.7 Einrichtung einer AG zur Erarbeitung von Fachlichen Empfehlungen zur Umsetzung der rechtlich verankerten Ansprüche/ des Übergangsmanagements für junge Volljährige in der stationären Jugendhilfe
Beschluss-Reg-Nr.: 94/22

1. Der Landesjugendhilfeausschuss beschließt die Neueinrichtung einer Arbeitsgruppe (AG) zur Erarbeitung von Fachlichen Empfehlungen für Übergangsmanagement junger Volljähriger in der stationären Jugendhilfe.
2. Für die Mitarbeit in der AG sollen je ein Vertretung aus folgenden Institutionen bzw. Verbänden gewonnen werden:
 - Landesjugendring Thüringen e. V.,
 - Landesarbeitsgemeinschaft Hilfen zur Erziehung nach § 78 SGB VIII,
 - Landesarbeitsgemeinschaft Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, erzieherischer Kinder- und Jugendschutz nach § 78 SGB VIII,
 - LIGA Thüringen,
 - Deutscher Kinderschutzbund Landesverband Thüringen e.V., Ombudsstelle Thüringen

- Thüringer Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport,
- Gemeinde- und Städtebundes Thüringen
- Thüringischen Landkreistages.

3. Die Arbeitsgruppe ist um je eine Vertretung aus den Reihen des Jugendberufshilfe Thüringen e.V., Careleaver-Zentrum Thüringen und des Flüchtlingsrats Thüringen e.V., Beratung zu asyl-, aufenthalts- und jugendhilferechtlichen Fragen von UMF, jungen Geflüchtete zu ergänzen. An der AG sollen Careleaver:innen beteiligt werden.

Abstimmung:

anwesend	ja	nein	Enthaltung
18	18	0	0

Der Beschluss wurde einstimmig gefasst.

Bezüglich der Gewinnung junger Menschen in der Arbeitsgruppe sollen die LAG Heimerziehung und bestehende Heimbeiräte kontaktiert werden.

Der Vorsitzende dankt allen Mitgliedern des LJHA und der Verwaltung.

Die nächste Sitzung findet am 6. Februar 2023 im Thüringer Landtag, Raum F 101, statt.

Ende der Sitzung: 18:48 Uhr

gez. Peter Weise
(Vorsitzender)

gez. Ute Karger
(Protokoll)